



Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni



Aktion für die Ehe für alle auf dem Bundesplatz in Bern.

Volksabstimmung am 26. September: JA zur Ehe für alle Gleiche Rechte für alle

Von Pascal Pajic, Grossrat, Chur

Am 26. September erfolgt die Volksabstimmung über die Ehe für alle. Die Vorlage will gleichgeschlechtlichen Paaren erlauben zu heiraten. Weshalb ist es für unsere Gesellschaft wichtig, diesen Schritt zu gehen? Nachfolgend erläuternd drei Gründe, warum eine Öffnung der Ehe unabdingbar für eine progressive und gleichberechtigte Gesellschaft ist.

Inhalt

Abstimmung Ehe für alle	1-3
Abstimmung 99% Initiative	4-5
Proporz nun auch in GR	6
Wie weiter nach dem Nein zum CO ₂ -Gesetz?	7
Neues aus der SP Sektion Surselva	8
Neustart Albula Surses	9
JUSO	10
Leute: Silvia Hofmann	11
Letzte Seite	12



Gleichberechtigung

In einem modernen Rechtsstaat sollte es selbstverständlich sein, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben – unabhängig davon, wie sie aussehen, was sie glauben oder wen sie lieben. Die Gleichberechtigung sorgt als Grundpfeiler einer jeden Gesellschaft dafür, dass sowas wie ein Rechtsstaat überhaupt existieren kann. Dass alle Bürger*innen die gleichen Rechte haben, ist nicht nur eine Eigenschaft, die für unsere Gesellschaft «nice to have» ist, sondern essentiell für unser Verständnis eines gerechten Zusammenlebens. Gegner*innen der Vorlage mögen nun einwenden, dass gleichgeschlechtliche Paare bereits seit 2007 die Möglichkeit haben, ihre Partnerschaft einzutragen. Dieser Vorgang ist nicht nur so unromantisch, wie er klingt, sondern auch etwas ganz Anderes. Rund 700 Menschen in der Schweiz lassen ihre Beziehung jährlich registrieren und sind damit noch lange nicht dort, wo sie es bei einer Ehe wären – denn eine eingetragene Partnerschaft ist der Ehe zwar ähnlich, aber weder rechtlich noch symbolisch gleichgestellt. Im Gegensatz zur Ehe ist Frauenpaaren heute der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin nicht gestattet, ausländische Partner*innen können nicht vom Recht der erleichterten Einbürgerung Gebrauch machen, gleichgeschlechtlichen Partner*innen ist es verboten, gemeinsam Kinder zu adoptieren. Ebenso bietet eine eingetragene Partnerschaft beim Schutz der Familie oder bei der Witwenrente weniger

Rechte als die Ehe. Die Öffnung der Ehe beseitigt diese und andere rechtliche Ungleichbehandlungen gegenüber heterosexuellen Paaren und berücksichtigt damit eine gesellschaftliche Realität, die bereits heute in der Schweiz gelebt wird.

Aufwertung diverser Lebensmodelle

Das Konzept, gleichgeschlechtliche Liebe der heterosexuellen Liebe rechtlich gleichzustellen existiert auf allen bewohnten Kontinenten dieser Welt. In Europa ist die Ehe für alle bereits in 16 Ländern eingeführt worden. Hier stellt die Schweiz in Westeuropa das traurige Schlusslicht dar. Denn die Vorlage ist nicht nur wichtig, um nicht-heterosexuelle Partnerschaften den heterosexuellen gleichzustellen, sondern ist ein Paradebeispiel dafür, wie unser Staat mit Lebensmodellen umgeht, die nicht der (hetero)normativen Regeln der Mehrheitsgesellschaft entsprechen.

Was bedeutet es, in unserer Gesellschaft anders zu sein? Wie gehen wir mit Minderheiten um? Welche Konsequenzen hat es, in unserer Gesellschaft nicht heterosexuell zu sein? Die Position hierzu muss eindeutig und klar sein: es darf keine Konsequenzen nach sich ziehen, die «falsche» Person zu lieben. Mit der Öffnung der Ehe preschen wir in eine Richtung vor, die alternative Lebensmodelle mit offenen Armen empfängt und die religiös-konservativen Scheuklappen vergangener Zeiten abzustreifen versucht.



Pascal Pajic,
Grossrat Chur



Die Devise muss hier lauten, anstatt Menschen in starre und vorgefertigte Rollen zu pressen, ihnen grösstmögliche Freiheiten zur Selbstentfaltung und den Raum zu lieben zu lassen.

Mehr Infos auf der Kampagnenwebsite:
www.ehefueralle.ch

Änderung mit Symbolkraft

Schlussendlich ist die Vorlage nicht nur für alle Paare, Familien und Kinder wichtig, die sie betrifft, sondern stellt eine Änderung mit Symbolkraft von einer grossen Tragweite dar. Sie ruft uns in Erinnerung, dass Gesetze und Regeln nicht vom Himmel fallen, sondern von Menschen gemacht wurden – und von Menschen geändert werden können. Unabhängig davon, ob eine Person positiv oder negativ gegenüber der Ehe als Grundkonzept eingestellt ist, ist es wichtig, dass alle gleich lange Spiesse haben. Es gibt schlichtweg keine vernünftigen, aufgeklärten Gründe, diese Diskriminie-

rung auf Staatsniveau weiter aufrecht zu erhalten – und diese hat es auch noch nie gegeben.

Mit der Öffnung strahlen wir ein Symbol für mehr Gleichberechtigung, mehr Gleichstellung und gegen Diskriminierung und verstaubte Rollenbilder aus, die für künftige Generationen ein Vorbild im Kampf gegen Hass und Hetze sein wird. Denn auch mit dem Sieg dieser Vorlage, können wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Auch mit dieser Abstimmung wird es Frauenpaaren nicht möglich sein, eine Samenspende im Ausland zu empfangen – im Gegensatz zu heterosexuellen Paaren. Andere Geschlechter werden im Gesetz noch überhaupt nicht berücksichtigt und andere Lebensmodelle komplett ausser Acht gelassen. Der Kampf ist also auch mit gewonnener Abstimmung noch nicht vorbei – stellt aber einen strategisch wichtigen Etappensieg dar, denn konsensuelle Liebe kann niemals falsch sein.





Ja zur 99% Initiative am 26. September

Löhne entlasten – Kapital gerecht besteuern

Maurus Müller

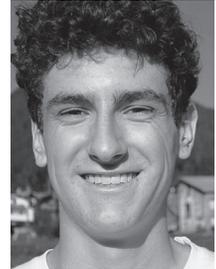
Unsere Gesellschaft steht derzeit vor vielen Herausforderungen, vor scheinbar unlösbaren Problemen. Die Covid-Pandemie zieht sich in die Länge und es wird spürbar, welche Folgen die Pandemie nach sich zieht. Zudem steht uns in der Klimapolitik das Wasser bis zum Hals und die massive Ungleichheit zwischen den Geschlechtern dauert an. Die Vermögensungleichheit, auch in der Schweiz, verschärft sich kontinuierlich. Leider könnten hier noch diverse andere grosse Baustellen aufgezählt werden. Wieso kommt die Juso also mit der 99% Initiative, obwohl sie keinen direkt ersichtlichen Zusammenhang mit den erwähnten Problemen aufweist?

Die 99% Initiative will eben nicht nur eines dieser Probleme lösen, sondern sie will der Ursache der vielen Krisen auf den Grund gehen. Wir können nicht länger Pflaster auf offene Wunden kleben, es ist Zeit für die Operation. Die Initiative ist bei weitem noch keine Operation, aber mit Sicherheit eine Betäubung. Die 99% Initiative schlägt einen Weg ein, der langfristig zur Lösung aller Probleme beitragen soll. Konkret geht es bei der 99% Initiative darum, dass das Geld bei den Leuten landet, die es auch tatsächlich verdient haben. Die Initiative nimmt sich also der Vermögensungleich-

heit an. Es geht darum, dass unsere Wirtschaft langfristig nicht nachhaltig ist, wenn viele Leute arbeiten, aber nur wenige Leute viel verdienen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf, deshalb braucht es eine starke Umverteilung. Der Hebel, beim dem die Initiative ansetzt, ist die Steuerpolitik. Kapitaleinkommen über CHF 100 000 sollen neu 1.5-fach besteuert werden, um das Lohn Einkommen zu entlasten.

Der von den Initiant*innen vorgeschlagene Freibetrag von CHF 100 000 soll dafür sorgen, dass von der Steuererhöhung keine Kleinsparer*innen betroffen sind, sondern nur das reichste Prozent. Entlastet werden die 99%. Zur Kasse gebeten werden also nur die Leute, die viel Geld mit Zinsen, Dividenden, Aktienkursgewinne, etc. verdienen. Denn genau diese Leute verdienen ihr Geld nicht mit Arbeit, wie alle anderen, sondern dank der Arbeit vieler anderer. Und deshalb müssen sie dringendst zurückbezahlen, was sie nicht erwirtschaftet haben. Das Geld soll bei den Leuten landen, die dafür gearbeitet haben. Sei es in Form von Steuersenkungen oder Investitionen in Projekte, die langfristig eine bessere Zukunft für alle ermöglichen.

Konkret schreibt die Initiative vor, dass der Mehrertrag von jährlich etwa 10 Milliarden für Steuerermässigungen für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen und für die soziale Wohlfahrt (Familienleistungen, Bildung,



Maurus Müller,
Vorstand JUSO GR.



99%
INITIATIVE



Gesundheit, etc.) eingesetzt wird. Die Gegner*innen der Initiative schüren Angst mit altbekannten Argumenten. Die Initiative gefährde Arbeitsplätze und vielen KMU's würde bei einer Annahme das Geld für Innovationen fehlen. Des Weiteren werde das schweizerische Steuersystem auf den Kopf gestellt, es würden weit mehr als nur das reichste Prozent getroffen. Die Wirtschaft werde gefährdet, die nach der Corona-Krise sowieso schon angeschlagen sei. Diese Argumente zeigen, dass die Gegenseite den Kern der Initiative nicht verstanden hat. Der wahre Schaden richtet die wachsende Vermögensungleichheit an. Sie fördert die Krisen. Die 99% Initiative steht dem entgegen. Mit ihr wird die Kaufkraft der 99% gestärkt und die Wirtschaft stabilisiert. Und das von den Gegner*innen so hochgelobte Steuersystem der Schweiz scheitert kläglich daran, die unverschämte Anhäufung von Reichtum zu begrenzen. Eine Umwälzung des Systems ist daher notwendig.

Ein JA am 26. September zeigt, dass wir in der Schweiz keine Superreichen auf Kosten der 99% wollen. Ein JA ist ein wichtiger Schritt hin zur Lösung der grossen Herausforderungen!



Knapp 80% für den Bündner Kompromiss!

Endlich ein gerechtes Wahlsystem!

Andri Perl und Julia Müller

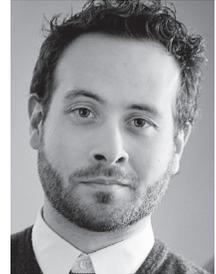
Am 13. Juni hat sich in Graubünden Historisches zugetragen. Die Bündner Stimmbevölkerung hat sich mit fast 80 Prozent für den Bündner Kompromiss als neues Wahlsystem und damit für den Proporz ausgesprochen. Dafür hat die SP ein Jahrhundert lang gekämpft. Der lange Atem hat sich ausgezahlt. Bemerkenswert am Abstimmungsresultat ist auch, dass der Bündner Kompromiss in jeder einzelnen Gemeinde Zustimmung gefunden hat.

Was waren die Gründe dafür? Einerseits, dass die historischen Wahlkreise erhalten bleiben. Es hat sich gezeigt, dass den Talschaften der Erhalt ihrer Kreise weitaus wichtiger war als der Majorz. Andererseits konnte sich hinter den Kompromiss eine derart breite Koalition scharen, dass es praktisch keinen organisierten Widerstand gab. Einzig der Gemeindepräsident von Disentis/Mustér engagierte sich öffentlich dagegen, doch auch in seiner Gemeinde resultierte ein deutliches Ja.

Der Abstimmungserfolg ist der Erfolg einer engagierten SP. Und zwar von der Spitze bis zur Basis. Dank der Basis und der von ihr gesammelten Initiative „90 sind genug“ hatten wir im Parlament das entscheidende Druckmittel, um den Kompromiss

zu schmieden. Dann konnten wir bereits in der Vernehmlassung zum neuen Wahlsystem mit eurer Hilfe die Zivilgesellschaft für ein gerechtes Modell mobilisieren. Unsere Kommissionsmitglieder Bea Baselgia und Philipp Wilhelm sowie der damalige Fraktionspräsident Conradin Caviezel brachten es dann fertig, dass die Regierung nach anfänglichem Zögern eine zusätzliche Botschaft in den Rat brachte, wo sie den Kompromiss mit den Bürgerlichen zimmerten. Zu guter Letzt haben wir die Federführung in der Abstimmungskampagne übernommen.

Das Historische ist vollbracht. Wir haben endlich ein gerechtes Wahlsystem. Darauf dürfen wir stolz sein, doch wir ruhen uns nicht darauf aus. Bereits arbeiten wir an unserem Ziel nächstes Jahr im ganzen Kanton Graubünden mit 120 Kandidierenden anzutreten. Dazu haben wir Sascha Müller als Campaigner und Recruiter eingestellt, der seit dem Frühjahr fleissig mit den Sektionen in Kontakt ist. Diese leisten hervorragende Arbeit und haben bereits viele Kandidis gefunden. Zum Erfolg soll auch eine gemeinsame Liste mit der Verda/Grüne Graubünden beitragen. Am Parteitag vom 4. September beantragen wir euch, dieser Zusammenarbeit mit unseren politischen Freund*innen zuzustimmen. Im Herbst nominieren die Sektionen ihre Kandidis, die wir dann am 27. November an einem grossen Wahlparteitag präsentieren und bestätigen. Es kommt gut!



Andri Perl,
Präsident SP GR.



Julia Müller,
Vizepräsidentin SP GR.

Wie weiter nach dem Nein zum CO₂-Gesetz?



Jon Pult,
Nationalrat, Chur.

Nur gerechte Klimapolitik schafft Mehrheiten

Jon Pult, Nationalrat, Chur

Die Hitzewellen im Frühsommer in Nordamerika und jetzt in Südeuropa und die Extremniederschläge in Mitteleuropa inklusive tödlicher Flutkatastrophe in Deutschland sind nur die letzten Symptome der Klimakrise. Immerhin hat sich die Welt 2016 mit dem Pariser Klimaabkommen darauf geeinigt, den Ausstoss von Treibhausgasen so zu reduzieren, dass der Temperaturanstieg auf 1,5°C begrenzt wird. Auch die Schweiz hat sich dazu verpflichtet. Mit dem am 13. Juni abgelehnten CO₂-Gesetz hätten wir die erste Etappe bis 2030 erfüllen sollen. Der Frust über diese schwerwiegende Niederlage steckt uns noch in den Knochen. Doch das ändert nichts daran, dass wir als Land unserer moralischen und völkerrechtlichen Verpflichtung einer wirksamen Klimapolitik nachkommen müssen. Darum braucht es jetzt eine saubere Analyse und kluges Polithandwerk. Nebst der ausserordentlichen Mobilisierung konservativer Kräfte durch die zwei Agrarinitiativen gibt es zwei inhaltliche Gründe für die Ablehnung des CO₂-Gesetzes. Erstens: Viele Menschen hatten das Gefühl, sie müssten sich einschränken, während man die grossen Fische nicht antastet. Zumindest in Bezug auf den sehr klimaschädlichen Finanzplatz stimmte das. Zweitens: Die mögliche Verteuerung des Benzins und die

Lenkungsabgaben auf Flugtickets und Brennstoffe wurden vor allem auf dem Land als Strafen empfunden, die wiederum nur die einfachen Leute betreffen. Ob Benzin, Heizöl oder Flugtickets teurer werden, ist den Reichen ja egal. Obwohl die Rückerstattung sehr sozial ausgestaltet war, drang dieses komplizierte System im Abstimmungskampf nicht zur Bevölkerung durch.

Darum braucht es jetzt eine Klimapolitik, die gerecht ist und auch so empfunden wird. Ansonsten gewinnen wir keine Mehrheiten. Dafür braucht es einerseits verpflichtende Regeln für Industrie und Finanzplatz. Investitionen von Schweizer Finanzakteuren in Kohle, Öl oder Gas sind schlicht zu verbieten. Und Autoimporteure müssen rasch zur Elektrifizierung der gesamten Neuwagenflotte gezwungen werden. Andererseits braucht es massive öffentliche Investitionen in den ökologischen Umbau. Zum Beispiel mit deutlich grosszügigerer Förderung von Haussanierungen inklusive Zuschlag, wenn die Mieten nicht erhöht werden. Oder mit einem Angebotsausbau des ÖV im ländlichen Raum, einer deutlichen Vergünstigung der ÖV-Tickets für Menschen, die auf ein Auto verzichten und einem massiven Ausbau der internationalen Zugverbindungen bei gleichzeitigem Verbot von Kurzstreckenflügen auf europäischer Ebene.



Neues aus der SP Sektion Surselva

Uolf Candrian

La secziun sursilvana dalla partida socialdemocrata (PS) ha envidau ad ina sera cun Ueli Mäder. Il sociolog ha appellau alla responsabladad dil stadi da sustener adequatamein personas che vivan ozilgi en paupradad. Impurtont seigi l'inclusiun ed in'ureglia aviarta.

In niev president

L'honor d'astgar arver la sera ei curdada els mauns dil niev elegiu president. Jeu succedel a Hans Caprez da Cast-risch ch'ei staus president ad interim dapi 2013. Sco anteriur schurnalist ha miu antecessur retschercou bein ed anflau in artechel dalla NZZ campus dil 2016: «Der Bündner Uolf Candrian kämpft für seine Muttersprache – und den Sozialismus.» Sebassond sil suttel da miu temps sco student all'universitad da Turitg, ha Hans Caprez senz'auter recumandau mia elecziun. Jeu sun commember dalla PS e cun Hans ed Emanuel Brühlmann en suprastonza dalla secziun.

Niev suprastont sper Hans ed Emanuel ei il deputau Roman Cantieni ch'ei era vegnius elegius unanim. Roman Cantieni ha explicau sia midada tier la PS, cunquai ch'el hagi gia adina politisau agl ur seniester dalla PCD e perquei ch'el less restar activs el Cussegl Grond.

Ambient e lungatg, brain drain ed ina societad participativa

La secziun vul sper las elecziuns dil cussegl grond 2022 seconcentrar

sin treis tematicas. Nossa regiun entschveiva culla Ruinaulta. Quella cunt-rada ei oz per l'ina rempar dil territori romontsch e per l'atra zona da gronda muntada natirala e socioculturala. Cheu vala ei da promover in turissem migeivel ed a moda persistente che va bein aprau cugl ambient.

Ils indigens duein survegnir pusseivladads da luvrar, studegiar, viver e habitar pagabel en Surselva. Quei entras estructuras per luvrar parzialmein che pertucca cunzun la giuventetgna e giuvnas famiglias che duein restar colligiai culla Surselva. Cheu vala ei da dar peisa all'educaziun ed era all'integraziun da tuts; romontschs e tudestgs, rehs e paupers, indigens, jasters e turists. Nus lein contribuir ad ina societad diversa ed integrativa. Mintgin:a duei far part dalla cuminonza che promovia culla capientscha da pli baul igl engaschi social.



Uolf Candrian,
president da la
SP Surselva, Sagogn.

Paupradad en Surselva?

In εμπrem accent en quella direcziun ha la sera da podi cun Ueli Mäder gia tschentau. 60 personas ein seredunadas cun distanza ell'aula dalla casa da scola Glion. Al podi han sper il sociolog da Basilea era Claudia Galluzzo (cussegliaziun da geniturs, spital regional Glion), Alex Stähli (meinafatschenta „Tischlein deck dich“, Svizra), Marcus Casanova (artist, Rueun) e Silvia Bisculm Jörg (suprastonta communal „Gesellschaft & Soziales“, Domat/Ems) discuttau sur dalla segirtad sociala ella crisa da corona. Menau suveran atras la sera ha la studenta Luisa Cadonau ed il placat ha il giuven fotograf Jaromir Kreiliger creau.

Sco regal ha mintga hosp retschiert ina negla, in paun ed ina butteglia Razzmatazz. Il vin tgietschen ei vegnius offerius dil viticulturs ed il president partent ha retschiert ina butteglia „Resvegl“, in vin sursilvan ch'ei dat gnanc da cumprar. Ina sera propi gartegiada. Jeu selegrel fetg d'astgar tgamunar la secziun Surselva viaden en quei temps plein midadas.

Neustart SP Sektion Albula Surses



Giglia Gantenbein,
Vorstandsmitglied
SP Albula Surses,
Tiefencastel



Seraina Schutz,
Präsidentin SP Albula
Surses, Filisur.

Die Sektion SP Albula Surses

Giglia Gantenbein & Seraina Schutz

Im Jahre 2001 schlossen sich die kleinen Sektionen der SP Albula und der SP Surses zusammen, damit die sozialdemokratischen politischen Kräfte gebündelt werden konnten. Die Sektion umfasst neben den Gemeinden des Surses und des Albulatales auch noch die angrenzenden Gemeinden.

Tar la davosa redunanza generala, tgi ò gia li igls 11 da zarcladour, è nia eligia la nova suprastanza dalla PS Alvra/Surses. Sper Rolf Mari, en suprastant da ples onns, sa pon numnar Andrin Caviezel da Lantsch, Seraina Schutz da Filisour e Giglia Gantenbein da Casti las novas suprastantas ed igl nov suprastant dalla PS Alvra/Surses. Presidenta è Seraina Schutz. Ella ò 26 onns e sa catta alla finiziun digl master numno 'Changing Societies' a Basilea. Eguatad e tractamaint egual da mintga persunga, independent da sia sexualitad, gener, nazunalitad, classa sociala u calour dalla pel stat per Seraina impurtant a cor.

Rolf, uriundamaintg da Berna, furma la PS gio davent dalla fundaziun 1983. El sa angaschava per la PS schizont scu commember da fundaziun. Tras la commembranza ed igl esser activ in differents sindicats è Rolf nia politico veapale. Er anc oz s'angascha Rolf an differentes uniuns dalla regiun.

Giglia absolvescha pigl mument igl studi da tgirunza FH a Son Giagl. Ella less s'angschar betg angal per migl-

ras cundiziuns an la higienia publica, mabagn er ancunter la midada digl clima, scu er per egualitad an different sectours.

Andrin, fisicher, consort e bab da treis infants, è siva diesch onns cun doctorat tar la ETH turtig returno dalla brainta agl mond digl suglegl. El è sursto quant conservativ tgi la veta dallas muntognas az praschainta er anc oz. Tras la PS less el s'angaschar mariginal per ena promoziun d'ideias p progressivas e pi egalitaras.

Die Corona-Pandemie machte leider auch nicht vor der SP Albula Surses halt und die Sektion fiel in einen Dornröschenschlaf. Mit der Neubesetzung des Vorstandes, soll sich die Sektion wieder aktiver am politischen Geschehen in den Tälern beteiligen. Dabei steht ein bevölkerungsnahes Engagement im Zentrum. Dies soll dazu beitragen die Region attraktiv für die junge Bevölkerung und Familien zu halten. Daneben stehen natürlich noch die Grossratswahlen im Zentrum. Die SP Albula Surses möchte in allen vier Wahlkreisen (Alvaschein, Belfort, Bergün und Surses) der Region mit Kandidierenden antreten und Dank des neuen Wahlsystems die fortschrittlichen, sozialverträglichen Stimmen der Region bündeln.



JUSO

Aktivist*in sein

Rosalina Müller

Aktivismus ist eine Form des politischen Handelns. Nach unserem Verständnis bedeutet das: Das Auflehnen gegen das bestehende System und Widerstand zu leisten, um auf ein akutes Problem aufmerksam zu machen. Mit hunderten von Menschen auf den Strassen zu stehen, die Solidarität und Kraft zu spüren; das gibt uns Aktivist*innen das Gefühl, etwas verändern zu können. Doch wer in diesem System wirklich Macht hat, sind die, die das Kapital besitzen. Statt mit tausenden von Menschen auf den Strassen zu stehen, investieren Parteien wie die SVP tausende von Franken in Plakatkampagnen und schaffen es, ein bitternötiges CO₂-Gesetz zur Ablehnung zu bringen. Es ist klar: Geld regiert und zerstört die Welt. Die 20 grössten Unternehmen, deren Aktionär*innen und Besitzer*innen zum reichsten 1% unserer Gesellschaft gehören, sind für 1/3 der weltweiten Emissionen verantwortlich. Am 13. Juni wurden unzählige Fakten von Expert*innen und Aufrufe von Klimaaktivist*innen ignoriert, das Volk hat das CO₂-Gesetz abgelehnt. Als ob das nicht genug wäre, wurde am selben Tag entschieden, dass «bei Verdacht auf terroristisches Verhalten» Menschen, ja gar Kinder, Hausarrest erteilt werden kann. Die neuen polizeilichen Handlungsspielräume gefährden die Grund- und Menschenrechte. Dass

sich die Schweiz gegen die Warnung der OMCT, unzähligen NGOs und sogar der UNO für das PMT entschied, ist ein neuer Tiefpunkt. Klar ist, dieses Gesetz wird linken Aktivist*innen schaden.

Ein passendes Beispiel dazu ist der 1. August 2021, als friedliche Klimaaktivist*innen den Paradeplatz besetzten, um für Klimagerechtigkeit einzustehen. Obwohl es keine Gewalt gab, benutzte die Polizei feste Griffe, ihre Knie und gar Schlagstöcke um die Aktivist*innen voneinander zu trennen. Nach der Durchsuchung auf der Strasse wurden 85 Aktivist*innen gefesselt und in Gewahrsam gebracht. Manche 2, andere gar 24 Stunden.

Dieses System ist klar gegen uns linke Aktivist*innen. Wir müssen uns wehren, damit man uns ernst nimmt und nicht ignoriert. Für eine gerechtere und ökologischere Welt einzustehen braucht Zeit, Arbeit, Überzeugungskraft und Mut.

Berthold Brecht schrieb: «Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.»

Sei es in der SP, im Klimastreik, im Frauenstreikkollektiv, in der Pride, bei der Antifa oder in der JUSO: Werde tätig, aktivistisch und kämpfe für eine gerechtere und bessere Welt. Gemeinsam brechen wir die Macht der Banken, der Konzerne und der Mächtigen!



Rosalina Müller
Co-Präsidentin JUSO
Graubünden.

Leute: Silvia Hofmann



Silvia Hofmann

Concret: Silvia, du übernimmst diesen August das Prädium der grossrätlichen Geschäftsprüfungskommission, was bringt dein neues Amt mit sich?

Als Präsidentin leite ich die Sitzungen der Gesamtkommission und der GPK-Geschäftsleitung. Ausserdem präsentiere ich im Grossen Rat die Anträge der GPK zu Budget, Jahresrechnung und allfälligen Nachtragskrediten. Mehr im Hintergrund passiert die Zusammenarbeit der GPK mit der Finanzkontrolle und die Diskussion der Berichte der Finanzkontrolle über ihre Dienststellenanalysen.

Du warst als Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit für Mann und Frau selbst Teil der Verwaltung, wie beeinflusst das deine Tätigkeit?

Das ist sicher ein grosser Vorteil. Die allermeisten Grossrätinnen und Grossräte arbeiten nicht in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, sondern in der Privatwirtschaft und haben so einen eigenen Blickwinkel auf die Verwaltung. Ich kann deshalb in der GPK meine Erfahrungen und mein Wissen nutzen und bringe dies auch aktiv in die Diskussionen ein.

Nach dem Wechsel in die Politik ist es deine erste Legislatur im Grossen Rat, wie erlebst du das Gremium?

Ich bin begeistert und dankbar für die Möglichkeit, im Grossen Rat direkt wirken zu können. Unsere Fraktion ist dynamisch, hervorragend aufgestellt und sehr fleissig, und da fühle ich mich wirklich wohl. Was zur parlamentarischen Realität gehört, ist die

marginale Partizipation von Frauen und jungen Menschen – und das wirkt sich auf viele Entscheide des Grossen Rats aus. Das neue Wahlsystem wird daran hoffentlich etwas ändern.

Was bleibt zu tun? Auch gleichstellungspolitisch?

Mir liegen die Wertschätzung und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden der Kantonalen Verwaltung sehr am Herzen. Es sind kleine Schritte zu Verbesserungen zu erkennen, doch bleibt noch einiges zu tun. Ich hoffe auf die Erneuerung des Grossen Rats nach den Wahlen 2022.

Du bist auch kulturell und kulturpolitisch stark engagiert. Wie erlebst du den Rat in dieser Hinsicht?

Ich bin erstaunt über die schwache Vertretung von kulturellem Know-how und Engagement in diesem Parlament – und doch ist es dank intensiver Arbeit gelungen, die Kultur in den nächsten Jahren etwas besser zu finanzieren. Die grosse Chance, die die Kultur für die Täler, Regionen und den ganzen Kanton spielen könnte, ist in der Politik noch nicht wirklich angekommen.

Parolen zu den Abstimmungen vom 26. September 2021

Basierend auf der Parolenfassung
der Delegiertenversammlung der SP
Schweiz.

Nationale Abstimmung

Volksinitiative vom 2. April 2019
«Löhne entlasten, Kapital gerecht
besteuern» (99%-Initiative)

JA / GEA / SÌ

Änderung vom 18. Dezember 2020
des Schweizerischen Zivilgesetzbu-
ches (Ehe für alle)

JA / GEA / SÌ

Ordentlicher Parteitag 4. September 2021

Am Samstag, 4. September 2021 fin-
det der ordentliche Parteitag statt. An-
melden unter www.sp-gr.ch/parteitag.

Wichtiger Hinweis: Für den Anlass
gilt eine Covid-Zertifikatspflicht.

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

Nr. 3/2021

www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284w 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Nora Kaiser
(Redaktionsleitung),
Stefan Grass, Silvia Modalek,
Andri Perl
Versand: Peter Montigel,
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG,
Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 3/2021:
22.10.2021

ClimatePartner^o
klimaneutral